

Neues Deutschland

Datum: 28.02.2006

Seite: 13

Ressort: Ausland

Autor: Von Jens Holst

Weltbank plädiert für starken Staat

Neue Studie der Bretton-Woods-Institution fordert entwicklungspolitische Kehrtwende

Der Rückzug des Staates war über lange Jahre das entwicklungspolitische Credo der Weltbank. Eine neue Studie vollzieht nun eine drastische Kehrtwende und fordert den Staat als starken Akteur: Er soll mittels Armutsbekämpfung die Voraussetzung für Wirtschaftswachstum zu schaffen.

»Die größte Herausforderung für Lateinamerika auf dem Weg zu einer besseren Politik, die Wachstum fördert und gleichzeitig Armut wie Ungleichheit abbaut, besteht wohl darin, den Staat zu einem Akteur zu machen, der Chancengleichheit fördert und effiziente Umverteilung umsetzt.« Auf die Frage, woher eine solche Aussage stammt, fällt einem sicherlich nicht die Weltbank ein. Doch derart staatsbejahende Sätze finden sich in der soeben veröffentlichten Untersuchung der internationalen Entwicklungsbank, die in der Vergangenheit vor allem durch rücksichtslose Strukturanpassungsprogramme von sich reden machte. »Lateinamerika muss die Armut verringern, um das Wachstum zu steigern«, so Titel und Hauptthese der Studie, die der Frage nachgeht, warum noch jeder vierte Mensch auf dem Subkontinent mit weniger als zwei US-Dollar am Tag auskommen muss.

Dass die Weltbanker heute nicht mehr uneingeschränkt marktliberale Vorstellungen propagieren, ist zweifelsohne ein Fortschritt. Noch in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts hatten sie im Einklang mit Internationalem Währungsfonds und anderen Geldgebern den schlanken Staat und den Rückbau öffentlich finanzierter sozialer Dienste gefordert und ihre Finanzhilfen an die Erfüllung solcher Auflagen geknüpft. Struktur-anpassungen sollten die Inflation eindämmen und das Wirtschaftswachstum fördern. Dazu gehörten neben der Deregulierung der Märkte und Privatisierung staatlicher Unternehmen vor allem die Verringerung der öffentlichen Ausgaben und der Rückzug des Staates aus Bildung, Gesundheit und sozialer Sicherung.

Doch während die wirtschaftspolitischen Erfolge der Strukturanpassungsmaßnahmen mehr als bescheiden ausfielen, sind die sozialen Folgen verheerend. Sie bringen nicht nur eine weltbankkritische Regierung nach der anderen an die Macht wie zuletzt in Bolivien. Vielmehr erweisen sich anhaltende Armut und soziale Ausgrenzung als entscheidende Hemmschuhe für die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Subkontinent. »Solange die Zwänge nicht angegangen werden, unter denen die Armen leiden, wird es kaum zu spürbarem Wachstum kommen«, lautet das Fazit von Pamela Cox, der Vizepräsidentin der Weltbank für Lateinamerika. Denn steigende Volkseinkommen führen heute zuallererst zu gigantischen Spitzengehältern und zunehmender Einkommensungleichheit. Die Idee vom »trickle-down«-Effekt, das heißt, dass volkswirtschaftliches Wachstum irgendwann auch bis zu den Ärmsten durchsickert, hat die lateinamerikanische Wirklichkeit ebenso glaubhaft widerlegt wie so viele andere geniale Rezepte, die Ökonomen überall und immer wieder als Weltformel zur Lösung aller Probleme vermarkten.

Nun hat sogar die Weltbank eingesehen, dass Wirtschaftswachstum allein nicht zur Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung führt und der allseits propagierte Freihandel diese Probleme eher verschärft. »Gewinne durch Handel lassen sich erheblich steigern, wenn die Länder ihre Abkommen durch Investitionen in den Bereichen Bildung, Infrastruktur und Transferzahlungen in

arme Regionen und an Landarbeiter ergänzen«, meint einer der Autoren, der Weltbankchefökonom für Lateinamerika Guillermo Perry. Die Studie hat gezeigt, dass gute Schul- und Berufsausbildung, die Anbindung abgelegener Regionen und vor allem ein besserer Zugang der Armen zu öffentlichen Diensten wie Gesundheitsversorgung, Alterssicherung, Wasser, Strom, Transport und Bildung für die ökonomische Entwicklung von entscheidender Bedeutung sind.

Neben besserem Zugang zu Bildung für alle sozialen Schichten weist die Weltbankstudie dem Staat, der doch lange als großer Behinderer des freien Spiels der Wirtschaftskräfte galt, wieder eine tragende Rolle zu. Um die Lücken zu füllen, die private Unternehmen nirgends stopfen wollen, soll die öffentliche Hand die Armen finanziell unterstützen. Den Sozialversicherungssystemen, die überall dort für sozialen Ausgleich sorgen, wo sie die Mehrheit der Bevölkerung erfassen, trauen die Weltbankökonominnen indes kaum positive Auswirkungen auf Wachstum und soziale Gerechtigkeit zu. Dabei kommen sie in der Studie zu dem Schluss, dass der Rückgang der sozialen Ungleichheit in südeuropäischen EU-Staaten und Großbritannien eng mit universellem Zugang zu Schulbildung sowie Gesundheitsversorgung in den entstehenden Wohlfahrtsstaaten verbunden war. Aber es besteht Anlass zur Hoffnung, dass die Weltbank in zehn Jahren auch in diesem Punkt zu neuen Erkenntnissen kommt.